

GASTBEITRAG

Logo der 6.
Vertragsstaatenkonferenz zur
Bekämpfung der Wüstenbildung in
Havanna, Kuba



UMWELT

**Wüstenbildung
bekämpfen heißt Einsatz
für unsere
Lebensgrundlagen**

Wüstenbildung und Dürre bedrohen den Lebensunterhalt von über einer Milliarde Menschen. Schon seit Jahrzehnten verschärft sich das Problem. Die Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, seit 1996 in Kraft, bringt neue Hoffnung. Die sechste Vertragsstaatenkonferenz vom 24. August bis 5. September 2003 in Havanna, Kuba, zog Bilanz und schaute nach vorn. Uwe Holtz, Politikwissenschaftler der Universität Bonn und von 1974 bis 1994 Vorsitzender des entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, war in Havanna dabei; er wirkte als UN-Experte und Moderator am Parlamentarischen Rundtisch mit.

Wüstenbildung bekämpfen heißt Einsatz für unsere Lebensgrundlagen

Viele von uns erkennen die Bedeutung des Schutzes der Ozonschicht und der Artenvielfalt für unser Überleben. Leider ist die Erkenntnis, dass die "Haut" der Erde von mindestens genauso großer Bedeutung ist, noch nicht so verbreitet. Die Verödung von Land und der Verlust an Mutterboden findet überall auf der Welt, auch in Deutschland, statt. Ursachen sind natürliche Einflüsse wie Klimaschwankungen und vor allem menschliche Aktivitäten wie Überweidung und Übernutzung des Bodens, Abholzung und unzureichende Bewässerungspraktiken.

UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)

Als Wüstenbildung (Desertifikation) werden Landverödung und Bodenverschlechterung dann definiert, wenn sie in den ausgedörrten, halbtrockenen und trockenen-subfeuchten, wasserarmen Gebieten der Erde stattfinden. Der Begriff Desertifikation ist irreführend, weil es nicht um bereits bestehende Wüsten, wie die Sahara, geht. Die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) ist das wichtigste internationale Instrument, das dazu beitragen will, der Entstehung von Wüsten und dem Verlust an fruchtbarem Oberboden entgegenzuwirken; sie ist unverzichtbarer Bestandteil einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Entwicklung. Die UNCCD, ein völkerrechtlich für alle Unterzeichnerstaaten verbindliches Abkommen, wird vor allem mit Hilfe von nationalen und regionalen Aktionsprogrammen umgesetzt. Diese Programme werden in den fünf die Konvention ergänzenden Anlagen - für Afrika, Asien,

Lateinamerika und die Karibik, den nördlichen Mittelmeerraum sowie Zentral- und Osteuropa - näher erläutert.

Wüstenbildung bedroht alle Kontinente

Von Wüstenbildung, Dürre und Bodenerosion sind alle Kontinente betroffen. Durch die damit einhergehende Bodenverschlechterung wird vor allem in Afrika die Ernährungsgrundlage für weite Teile der Bevölkerung beeinträchtigt oder sogar unwiederbringlich zerstört. Aber auch wir in Europa haben spätestens seit dem letzten heißen Sommer verstanden, was Landverödung bedeuten kann. Hama Arba Diallo, Exekutivsekretär des in der UNO-Stadt Bonn angesiedelten UNCCD-Sekretariats, und Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul weisen immer wieder auf die sich verschlimmernde Herausforderung hin, die in nüchternen Zahlen zum Ausdruck kommt:

- Mehr als 250 Millionen Menschen sind direkt von der Wüstenbildung betroffen, und etwa eine Milliarde Menschen in mehr als 110 Ländern ist bedroht.
- Jährlich verliert die Erde 24 Milliarden Tonnen wertvollen Oberbodens; bis zum Jahre 2025 könnte das verfügbare Ackerland im Vergleich zu 1990 in Afrika um zwei Drittel, in Asien um ein Drittel und in Südamerika um zwei Fünftel zurückgehen.
- Die finanziellen Verluste durch Wüstenbildung belaufen sich jährlich auf über 40 Milliarden US-Dollar (zum Vergleich: die gesamten entwicklungspolitischen Leistungen der Industrieländer betragen rund 55 Milliarden US-Dollar).

Wüstenbildung und Dürre tragen dazu bei, Nahrungsmittel- und Wasserprobleme, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Konflikte und politische Instabilitäten zu verschärfen und die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die städtischen Ballungsräume der Entwicklungsländer zu verstärken. All dies hat oft Auswirkungen auf vermeintlich von der Wüstenbildung nicht betroffene Länder, wie auch Deutschland.

Bekämpfung der Wüstenbildung heißt also Bekämpfung von Hunger, Armut und Umweltverschlechterung, heißt Einsatz für unsere Lebensgrundlagen und eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung.

Begrüßenswerterweise hat Deutschland in der letzten Jahren eine besondere Verantwortung für die Umsetzung der Konvention übernommen. So unterstützt es das UNCCD-Sekretariat in der Ausübung seiner Funktionen durch einen Sonderfonds und leistete auch einen Finanzbeitrag für die Konferenz in Havanna. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bereich der Wüstenbekämpfung Programme mit einem finanziellen Volumen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro - 60 Prozent davon in Afrika, 25 Prozent in Lateinamerika, 15 Prozent in Asien. Dabei geht es zum Beispiel um Bodenschutz und Wiederaufforstung in Senegal, um integrierte landwirtschaftliche Produktionssysteme in Sambia oder um Wassermanagement in Ägypten, Burkina Faso und Namibia. Wünschenswert wäre eine noch effizientere Durchführung der Förderprojekte, eine noch stärkere Berücksichtigung der Desertifikationsproblematik bei den anderen entwicklungspolitischen Programmen und generell ein größeres finanzielles Engagement.

Fortschritte auf der Konferenz in Havanna

An der sechsten UNCCD-Vertragsstaatenkonferenz in Havanna nahmen einige Staatschefs und Präsidenten (so aus Kuba, Namibia, Venezuela und Zimbabwe - aber niemand aus den Industrieländern), fast hundert Minister und weit mehr als tausend Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen aus circa 170 Ländern und von circa 30 internationalen Organisationen teil. Die EU und ihre Mitgliedstaaten waren nur durch die italienische Ratspräsidentschaft hochrangig auf Ministerebene vertreten.

Die Konferenz wartete mit einer Reihe von Fortschritten und Erfolgen auf:

- Zwischenzeitlich haben 190 Staaten die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung ratifiziert - über 70 Staaten haben nationale Aktionsprogramme vorgelegt.
- Die Konferenz wurde von Fachleuten aus aller Welt und auch von deutschen Unternehmen, so der Saatgut- und Solarwirtschaft, zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch in Plenar- und Nebenveranstaltungen wie auch auf Ausstellungen genutzt.
- Der Globale Umweltfonds (GEF) wurde, wie auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 gefordert, jetzt offiziell als ein Finanzmechanismus für die Konvention anerkannt. Dadurch werden in den kommenden drei Jahren 500 Millionen US-Dollar für Programme im Bereich Entwaldung und Desertifikation zur Verfügung stehen.

- Der Übergang von der Bewusstseinsbildung zur Umsetzung ist eingeläutet. Auch dank der Arbeiten des UNCCD-Wissenschafts- und des Überprüfungsausschusses konnten wichtige Lernerfolge bei der bisherigen Umsetzung der Konvention mitgeteilt werden, die es zukünftig zu berücksichtigen gilt. So sollen wissenschaftliche Erfahrungen und traditionelles Wissen besser berücksichtigt, die nationalen Aktionsprogramme besser in die übrigen Entwicklungspläne der Länder eingepasst, auf übereinstimmendes Handeln bei den drei großen Umweltkonventionen Wüstenbildung, Klimaschutz und Artenvielfalt geachtet und die auch durch eigene Anstrengungen zu mobilisierenden Finanzmitteln effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden.
- Viel versprechend ist die von der Bundesregierung und insbesondere vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung inspirierte EU-Initiative "Armutsbekämpfung durch nachhaltige Landnutzung". Sie will in Partnerschaft mit den betroffenen Ländern und internationalen Organisationen (wie der Weltbank), dem privaten Sektor und Nichtregierungsorganisationen geeignete Projekte und Programme zur Bekämpfung der Wüstenbildung im Rahmen eines ganzheitlichen Entwicklungsansatzes voran bringen.
- Das UNCCD-Sekretariat wird laut Beschluss der Vertragsstaatenkonferenz über einen nur um fünf Prozent höheren Zweijahres-Haushalt verfügen (2004 und 2005 zusammen 16 Millionen US-Dollar). Besonders die EU verweigerte im Hinblick auf heimische finanzielle Engpässe und unter Zurückweisung des Wunsches nach der Schaffung regionaler Außenstellungen des Sekretariats eine weitere Aufstockung; für die Zukunft forderte sie zudem größere Offenheit und ein Mehr an gegenseitigen Beratungen.

Parlamentarischer Rundtisch

Ein besonderes, von den Regierungen und auch den Nichtregierungsorganisationen gewürdigtes Ereignis war der Parlamentarische Rundtisch am 3. und 4. September. Er wurde vom UNCCD-Sekretariat und der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) mit Unterstützung der kubanischen Gastgeber durchgeführt. Hundert Abgeordnete aus mehr als vierzig Ländern debattierten am 3. und 4. September über ihr Rolle bei der Bekämpfung der Wüstenbildung - so viele Abgeordnete aus so vielen Ländern wie nie zuvor, auch fünf Bundestagsabgeordnete, darunter der Vorsitzende des entwicklungspolitischen Ausschusses Rudolf Kraus (CSU)¹. Offensichtlich schreiben die Volksvertreter jetzt den Problemen der Landverödung und Bodenerosion eine größere Beutung zu, wollen sich mehr einmischen und die Thematik nicht nur den Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und der Privatwirtschaft überlassen.

In ihrer nach intensiven Diskussionen einmütig verabschiedeten Erklärung verpflichten sich die Abgeordneten zu einem parlamentarischen Aktionsprogramm, das sich an Abgeordnete der lokalen, nationalen und regionalen Ebenen richtet. Sie fordern eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung und Maßnahmen zur direkten und indirekten Bekämpfung der Wüstenbildung, wie zum Beispiel nachhaltige Landnutzung, Erosionskontrolle, Wiederaufforstung, nachhaltiges Wasser-, Forst- und Landmanagement, Einsatz erneuerbarer Energien, Bildungs- und Ausbildungsprogramme, aber auch politische und wirtschaftliche Reformen, wie die Stärkung demokratischer Prozesse, mehr Macht und Einfluss für Frauen und Mitwirkungsrechte für die Jugend, gesicherte Eigentumsrechte an Grund und Boden, einen freieren und faireren Welthandel.

Zur Verbesserung des Informationsaustausches und zur Stärkung des Einflusses von Parlamenten und Abgeordneten verständigte man sich auf die Einrichtung eines Parlamentarischen Netzwerks unter dem Dach der IPU und eines Lenkungsausschusses, dem drei Abgeordnete von jedem Kontinent angehören. Europa wird unter anderen durch die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt vertreten.

(Autor: Uwe Holtz, Politikwissenschaftler der Universität Bonn und Mitglied des UN-Beirats für Armuts- und Umweltfragen)

¹ Zusätzlich die MdBs Karin Kortmann, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Schmidt (SPD) und Ulrich Kelber (SPD) sowie Ulrich Heinrich (FDP).

- >> Homepage des Autors
- >> Bundesministerin Wieczorek-Zeul zur Vertragsstaatenkonferenz in Havanna: Wüstenbildung bekämpfen bedeutet Armut bekämpfen
- >> UNCCD-Sekretariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung: 6. Vertragsstaatenkonferenz
- >> Globale Umweltfazilität (GEF)
- >> Interparlamentarische Union (IPU)

KONTEXT

- > Ziele des BMZ bei der VN Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD)
- > Auswärtiges Amt: Bekämpfung der Wüstenbildung
- > GTZ: Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung
- > Desert*Net - Deutsches Kompetenznetzwerk für Forschung und Desertifikationsbekämpfung (engl.)
- > UNDP Drylands Web
- > UNCCD: Links weiterer Organisationen
- > g-o.de: FOCUS Desertifikation - Lässt sich die Wüstenbildung aufhalten?



v. links nach rechts: Oscar Oramas (UNCCD-Sekretariat); Ricardo Alarcón (Präsident der kubanischen Nationalversammlung); Alain Valtat (IPU); Uwe Holtz (Universität Bonn).
Foto: DAGMAR SCHMIDT



Foto: CÉSAR A. RODRÍGUEZ

<http://www.trabajadores.cubaweb.cu/temas/desertificacion/textos/busqueda.htm>